

## **IG Metall: Tarifbindung bei VS auch weiter erhalten**

Tauberbischofsheim. Die IG Metall zeigt sich über die Entscheidung der „Vereinigten Spezialmöbelfabriken GmbH & Co.KG, VS“, mit Wirkung zum 31. Dezember 2008 aus dem Verband der Holzindustrie und Kunststoffverarbeitung Baden-Württemberg auszutreten, „außerordentlich verärgert“ und fordert in einem Schreiben an die Geschäftsleitung, namentlich gerichtet an Professor Dr. Thomas Müller, dazu auf, „die Kündigung der Verbandsmitgliedschaft zurückzunehmen oder mit der IG Metall Tauberbischofsheim einen Anerkennungstarifvertrag zu vereinbaren“. Die nun eingeleiteten und weiter zu erwartenden gewerkschaftlichen Protestaktionen erläuterten der Erste Bevollmächtigte Wolfgang Breuer und der für die holzverarbeitenden Betriebe zuständige Gewerkschaftssekretär Hans-Georg Nitzsche in einem Pressegespräch, bei dem sie betonten, das Unternehmen liefere durch den Verbandsaustritt selbst den Anlass dafür, „dass künftig die Arbeitsverhältnisse nicht sicherer, sondern unberechenbarer für die rund 950 Beschäftigten werden“. Eine jährliche Lohn- und Gehaltsentwicklung, wie sie die Flächentarifverträge in der Regel vorsehen würden, sei in Gefahr.

Es gehe der IG Metall in dieser Phase bevorzugt um die Aufklärung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sie müssten genau wissen, welche Folgerungen diese neue Situation für sie haben könne. Die Kündigung der Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband bedeute, „dass sich die VS-Gesellschafter und die Geschäftsführung nicht mehr an die in Zukunft zwischen IG Metall und Arbeitgeberverband ausgehandelten Tarifverträge halten müssen“. Damit gehe ein großes Stück Sicherheit für die Belegschaft verloren. Die Gewerkschaft sei vor gut einer Woche auch noch darüber informiert worden, dass die Mitgliedsfirmen des Arbeitgeberverbandes den Manteltarifvertrag sowie die Tarifverträge über das 13. Monatseinkommen (Weihnachtsgeld) und die Übernahme der Auszubildenden gekündigt hätten.

Die IG Metall, das unterstrichen Breuer und Nitzsche mit Nachdruck, habe in schwierigen Zeiten stets hart, aber fair mit der VS-Geschäftsleitung verhandelt, gemeinsam nach betrieblichen Lösungen gesucht, um die angespannte Lage zu überstehen, und seit dem Jahr 2004 drei Sanierungs- und Ergänzungstarifverträge

vereinbart. Sie bezögen sich im Laufe der Jahre auf die Streichung übertariflicher Leistungen und des Weihnachtsgeldes 2004, die Veränderung der Arbeitszeiten, die Verschiebung tariflicher Entgelterhöhung um neun Monate jeweils für 2006 und 2007 oder die Erweiterung der flexiblen Arbeitszeiten im Betrieb über die tariflichen Regelungen hinaus.

„Wenn Not am Mann war,“ so die Gewerkschafter weiter, habe es immer befristete betriebliche Lösungen gegeben: „Die Beschäftigten haben im Zeitraum von 2002 bis heute enorme finanzielle Opfer als Sanierungsbeitrag für das Unternehmen erbracht.“ Trotzdem hätten rund 300 Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz aus betriebsbedingten Gründen verloren. Auf Grund der neuen Entwicklung sei das Klima erheblich schlechter geworden, die Beschäftigten wüssten, „dass man ihnen in Zukunft wieder ans Geld und an die Arbeitszeit will. Das ist der eigentliche Hauptgrund für den Verbandsaustritt.“

Die VS hatte den Verbandsaustritt mit einer nicht zufrieden stellenden Qualität der juristischen Beratungsleistungen und damit erklärt, dass die spezifischen Interessen und die konkreten Bedürfnisse von VS und der Belegschaft nicht mehr hinreichend gewahrt würden. Die Geschäftsleitung wolle auf tariflicher Ebene neue und moderne Modelle und Innovationen zur Gestaltung der Arbeitsbedingungen und der betrieblichen Abläufe entwickeln, sie stellte außerdem fest, dass die Beendigung der Mitgliedschaft nicht zu einer Änderung des Inhalts der bestehenden Arbeitsverhältnisse führe, eine Verschlechterung für die Beschäftigten trete nicht ein.

Wolfgang Breuer und Hans-Georg Nitzsche hingegen kommen zu der Auffassung, dass das Unternehmen die Probleme mit dem Verband nicht auf die Belegschaft abwälzen könne. Auch zur geforderten Flexibilität sage die Praxis etwas ganz anderes aus. In einer Aufklärungskampagne für die Belegschaft durch eine bereits eingeleitete Flugblattreihe gehe es darum, die Folgen des Austritts darzustellen und deutlich zu machen, dass sich an die Nachbindung eine Nachwirkung der Tarifverträge anschließe. „Nach Ablauf der Tarifverträge gelten die Rechtsnormen weiter, bis sie durch andere Abmachungen ersetzt werden.“ Das greife für Gewerkschaftsmitglieder in vollem Umfang, in anderen Fällen seien Einzelverhandlungen möglich, bei denen die Geschäftsführung ihre eigenen

Vorstellungen durchsetzen könne. Wer einen neuen Arbeitsvertrag unterschreibe, gebe seine tarifliche Bindung unwiderruflich auf, betonten die Gewerkschaftsvertreter und fügten abschließend hinzu: „Wir werden weiter alle Kräfte mobilisieren, damit die Tarifbindung bei VS auch über den 31. Dezember 2008 hinaus erhalten bleibt.“



Nun will die IG Metall in Tauberbischofsheim alle Register ihrer Möglichkeiten ziehen, um die Tarifbindung bei den „Vereinigten Spezialmöbelfabriken GmbH & Co. KG, VS“ zu erhalten. Der Erste Bevollmächtigte Wolfgang Breuer (rechts) und Gewerkschaftssekretär Hans-Georg Nitzsche erläuterten Einzelheiten zur angelaufenen Aufklärungskampagne für die Belegschaft und betonten, dass die Mitarbeiter nach dem Austritt des Unternehmens aus dem Verband der Holzindustrie und Kunststoffverarbeitung Baden-Württemberg sehr wohl wüssten, „dass man ihnen in Zukunft wieder ans Geld und an die Arbeitszeit will“.